54. E-Mail an Frau MdB Daniela Kolbe vom 29.7.2015 - Newsletter 4/2015

Sachverständigenrat (Wirtschaft) versus Glücksforschung/Bürgerdialog der Bundesregierung; Verhaltensökonomik versus Neoklassik - zum aktuellen Stand der Entscheidungstheorie; Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats (Bayern) ergänzungsbedürftig? - Griechenland: Grexit sinnvoll?

Sehr geehrte Frau Bundestagsabgeordnete,

liebe Frau Kolbe,

vielen Dank für Ihre E-Mails vom 30.8.2013 und vom 5.8.2014.

Gerne komme ich Ihrem Wunsch nach, Sie auch nach Abschluss der Tätigkeit der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität - Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ des Deutschen Bundestages, die unter Ihrem Vorsitz stand, über meine Arbeit, über Neues von der Glücksforschung (Happiness Research) und der Psychologischen Ökonomie (Behavioral Economics) auf dem Laufenden zu halten.

**1. Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft**

Am 7.7.2015 hat das Roman Herzog Institut den "Roman Herzog Forschungspreis Soziale Marktwirtschaft" verliehen. Gewürdigt wurden drei Dissertationen. Den Festvortrag hielt der Vorsitzende des Sachverständigenrates (Wirtschaft), Professor Christoph M. Schmidt.

**- Festvortrag von Prof. Christoph M. Schmidt, Vorsitzender des Sachverständigenrats Wirtschaft (SVR) zu den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft - Wo bleiben die Erkenntnisse der Glücksforschung?**

In seinem Festvortrag beschäftigte sich der Vorsitzende des Sachverständigenrates (Wirtschaft), Professor Christoph M. Schmidt u.a. mit den Zielen der Sozialen Marktwirtschaft. Er nannte drei Ziele:

(1) Effizienter Ressourceneinsatz mit der Absicht ein möglichst hohes Einkommen zu erwirtschaften und die Grenzen des wirtschaftlich (materiell) Möglichen - bei (bestmöglicher) Vermeidung umweltschädigender Aktivitäten/ Berücksichtigung ökologischer Begrenzungen - immer weiter nach außen zu verschieben (Wirtschaftswachstum),

(2) nicht zu große Einkommensunterschiede und

(3) Unterstützung der Hilfsbedürftigen und Schwachen.

Während (2) und (3) insbesondere im Lichte der aktuellen Diskussion um "Ungleichheit" hoch aktuell sind, entspricht (1) nicht dem aktuellen Stand der Forschung. Es geht nicht mehr um ein ständiges Höher und Weiter. Mehr Materielles ist nicht besser, da wir uns ziemlich schnell anpassen und unserer Erwartungen nach oben schrauben. Schmidt vernachlässigt den aktuellen Stand der weltweit intensiv diskutierten Erkenntnisse der interdisziplinären Glücksforschung.

Ich möchte an dieser Stelle Ludwig Erhard, einen der "Väter" des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft, aus dem Jahr 1957 zitieren:

„Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoll ist, unter Verzichtsleistung auf diesen „Fortschritt“ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“ so Ludwig Erhard in "Wohlstand für alle" bereits 1957 (zitiert nach Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt, München 2011, S. 17).

Später legte Ludwig Erhard nochmals nach: „Es ist ökonomisch höchst naiv, die Meßziffer für das Wirtschaftswachstum, die reale Veränderungsrate des Bruttosozialprodukts, in irgendeiner Weise mit der Vorstellung zusammenzubringen, daß die „kollektive“ „Wohlfahrt" gesteigert werde.“ (Ludwig Erhard, Alfred-Müller Armack (Hrsg.), „Soziale Marktwirtschaft – Ordnung der Zukunft, 1972, zitiert nach Herbert Gruhl, Der Verrat an Ludwig Erhard, in: Der Spiegel vom 20.6.1983).

Auch die ersten Minuten des Interviews der Bundeskanzlerin mit "LeFloid", das am 13.7.2015 bei youtube online gestellt wurde, war dem Thema "Gut leben" gewidmet (https://www.youtube.com/watch?v=5OemiOryt3c). Die Bundeskanzlerin weißt hier insbesondere auf die wichtige Bedeutung des "Zufriedenheitsfaktors" für/beim "Gut leben" hin.

In seiner Ausgabe vom 29.6.2015 beschäftigt sich das Handelsblatt in der Rubrik "Wirtschaftswissenschaften" ganzseitig mit den Erkenntnissen der interdisziplinären Glücksforschung ("Glücklose Glückssuche - die Regierung fragt Bürger, was Lebensqualität ausmacht - als würde das nicht längst untersucht." https://archiv.handelsblatt.com/document?id=HB\_\_8A1EFE0B-4E06-472F-873F-8EDB450FEE48%7CHBPM\_\_8A1EFE0B-4E06-472F-873F-8EDB450FEE48&src=hitlist).

Das Handelsblatt schreibt u.a.:

„Das reiche Deutschland liegt im "World Happiness Report" der Uno gerade mal auf Platz 26 von 158. Ob der nicht repräsentative "Bürgerdialog" (der Bundesregierung, Anmerk KR) Aufklärung bringt, woran es liegt, ist fraglich. Aufschlussreicher könnten die Ergebnisse der empirischen Glücksforschung sein. ... Die Menschen in Industrieländern werden zwar immer reicher, dabei aber nicht glücklicher. Und: Ereignisse wie eine Gehaltserhöhung können die Lebensqualität zwar kurzfristig steigern, bald gewöhnt man sich daran. Wichtiger sind für das dauerhaft Glück eine intakte Ehe und gute soziale Beziehungen. … Eine weitere Glücksbremse neben der Gewöhnung ist der ständige Vergleich mit anderen.“

Auf diesen Erkenntnissen fußt etwa der World Happiness Report der UN, der OECD Better Life Index, letztlich aber auch das Konzept zum Bürgerdialog "Gut leben in Deutschland - was uns wichtig ist" der Bundesregierung, der gegenwärtig stattfindet (https://www.gut-leben-in-deutschland.de/DE/Home/home\_node).

Der Spiegel schreibt zum Bürgerdialog: „Nun sind die Regierenden auf der Suche nach neuen Formaten, um die Bürger wieder stärker zu beteiligen. Und auf der Suche nach dem Glück. ... Kein Wunder, dass es im Kanzleramt bereits konkrete Erwartungen an die Nabelschau bei den Deutschen gibt. "Die Spannbreite (für die für die Lebensqualität wichtigen Faktoren, Anmerk. KR) reicht von einem **glücklichen Familienleben** über **Freundschaften** und **Gesundheit** und **Bildung** bis hin zu **Beruf** und **angemessenem Einkommen**", sagte Merkel im Juni (2014, Anmerk. KR).“ (Der Spiegel, Nr. 1 vom 29.12.2014, S. 22–24).

Die Ziele der Bundesregierung mit ihrem Bürgerdialog, die auf den weltweiten Diskussionen um und den Erkenntnissen aus der interdisziplinären Glücksforschung fußen, einerseits und die Position des SVR andererseits scheinen nur noch sehr bedingt übereinzustimmen.

Kann aber der SVR die Bundesregierung beraten, wenn er eine eigene Agenda (auf Wirtschaftswachstum ausgerichtet) verfolgt, die nicht mehr mit der der Bundesregierung übereinstimmt ("Gutes Leben" / subjektives Wohlbefinden)?

Einkommen (Wirtschaftswachstum) ist Mittel zum Zweck. Nicht Zweck an sich. Ziel/ Zweck ist "Gutes Leben", womit aber nichts anderes gemeint als ein zufriedenes/ glückliches Leben. Dem Materiellen kommt hier allerdings nur eine begrenzte Rolle zu. Im Wesentlichen geht es um die Absicherung der materiellen Grundbedürfnisse. Einkommen, was deutlich darüber hinaus geht, hat kaum mehr Einfluss.

Zum einen passen sich die Ansprüche an die tatsächliche Entwicklung an, d. h. mit steigendem Einkommen steigen auch die Ansprüche, so dass daraus keine größere Zufriedenheit erwächst (sog. hedonistische Tretmühle). Zum anderen ist – sofern die materielle Existenz gesichert ist –, weniger das absolute Einkommen, sondern vielmehr das relative Einkommen – das heißt das eigene Einkommen im Vergleich zu anderen – für den Einzelnen entscheidend. Bei einem generellen Einkommensanstieg für alle: Es kommt einfach zu einer Erhöhung der sozialen Norm, so dass die Zufriedenheit nicht steigt, da alle mehr haben. Bei unterschiedlichen Einkommensveränderungen: Die Summe der Rangplätze in einer Volkswirtschaft ist fix – steigt einer auf, muss ein anderer absteigen – ein Nullsummenspiel.

Die interdisziplinäre Glücksforschung geht der Frage nach, was Menschen wirklich wollen. Sie basiert auf der ökonomischen Grundfrage des effizienten Umgangs mit Ressourcen. Für Menschen ist aber letztlich die knappe Ressource ihre (Lebens-)Zeit und es geht deshalb darum, diese so zu nutzen, dass man glücklich und zufrieden ist. Es zeigt sich dabei, dass der Einfluss des Materiellen sehr begrenzt ist. Auch die A-priori-Annahme „Mehr Materielles ist besser als weniger“ ist im Lichte der Ergebnisse der interdisziplinären Glücksforschung nicht haltbar.

„Die **Lebenszufriedenheit** lässt sich am leichtesten dadurch **steigern**, dass man seine **verfügbare Zeit besser nutzt**. … Dass **Zeit** eine letztlich **begrenzte Ressource** ist, ist die **zentrale Tatsache unseres Lebens**.“

**Daniel Kahneman**, Schnelles Denken, langsames Denken, München 2012, S. 492 und 506

Wohlbefinden ist subjektiv, etwa gemessen an der Zufriedenheit der Bürger mit ihrem Leben. Gerade subjektive Indikatoren lehnt der SVR aber grundsätzlich ab. Die grundsätzliche Ablehnung subjektiver Indikatoren durch den SVR bedeutet faktisch aber auch eine Leugnung der Psychologie als Wissenschaft.

In meinem Aufsatz "Zur Verwendung von "Subjektiven Indikatoren" (Erkenntnissen der interdisziplinären Glücksforschung) in der (Wirtschafts-) Politik-  eine grundsätzliche Kritik am Sachverständigenrat Wirtschaft (SVR), Sonderdruck  Nr. 58 der Schriftenreihe der TH Nürnberg, Februar 2015 (<https://www.th-nuernberg.de/fileadmin/Hochschulkommunikation/Publikationen/Sonderdrucke/58_Ruckriegel.pdf>) habe ich mich grundsätzlich mit dieser Position des SVR auseinandergesetzt.

“Das letztendliche Ziel der Ökonomie (Ökonomik) ist, natürlich, zu verstehen was Wohlbefinden ausmacht, und wie es erhöht/ verbessert werden kann.”

(“The ultimate purpose of economics, of course, is to understand and promote the enhancement of wellbeing.“)

Ben Bernanke, Chef der US-Zentralbank (bis Ende Januar 2014), August 2012.

Dass der Vorsitzenden des SVR die Erkenntnisse der Glücksforschung in seinem Vortrag nicht aufgriffen und als Ziel benannt hat, folgt konsequent der bisherigen Linie des SVR.

Bereits bei der "Expertise zur Wirtschaftsleistung, Lebensqualität und Nachhaltigkeit: Ein umfassendes Indikatorensystem“ des SVR von Ende 2010, in der der SVR die Ergebnisse der Stiglitz-Kommission aufgreifen und für Deutschland konkret nutzbar machen sollte ( Prof. Schmidt war hier federführend für den SVR) und auch später beim Mitwirken des SVR (in der Person von Prof. Schmidt) in der von Ihnen geleiteten Enquete-Kommission zeigte sich an der (scharf) ablehnenden Haltung gegen eine Verwendung von subjektiven Indikatoren als Orientierung(shilfe) für die (Wirtschafts-) Politik, dass der SVR noch (immer) im neoklassischen (neoliberalen) Paradigma und der für dieses Paradigma grundlegenden "homo oeconomicus-Annahme" und darauf fußend der Theorie der "offenbarten Präferenzen" verhaftet/ gefangen ist.

Ganz im Gegensatz zur Auffassung des SVR hat die OECD am 5.6.2015 die Studie "All On Board: Making Inclusive Growth Happen" veröffentlich. Der Infoservice zu OECD-Neuerscheinungen schreibt dazu: "Der OECD-Bericht „All On Board: Making Inclusive Growth Happen“ stellt neue Wege vor, um wirtschaftliches Wachstum zu beurteilen. Dabei geht er über die Verwendung traditioneller monetärer Indikatoren hinaus und rückt das **Wohlbefinden** der Menschen in den Mittelpunkt. Er greift dabei auf einen analytischen Rahmen zurück, der sich mit mehrdimensionalen Fragen der Lebensqualität beschäftigt."
<http://www.oecd.org/berlin/publikationen/all-on-board.htm>

In Measuring well-being and progress (2013, S. 1 und S. 8) schreibt die OECD (http://www.oecd.org/std/Measuring%20Well-Being%20and%20Progress%20Brochure.pdf):

 “"Measuring Progress of Societies, […] has become fundamental for development and policy-making in general. Improving the quality of our lives should be the ultimate target of public policies”". Angel Gurría, OECD Secretary-General

... Indicators of subjective well-being have the potential to provide critical information about people’s lives, shedding light on the relationship between the objective circumstances in which people live, and how they experience and evaluate those circumstances."

„Was letztendlich zählt ist das Wohlbefinden der Menschen.“

(„But what ultimately matters is the well-being of citizens.“)

OECD: HOW`S LIFE - Measuring Well-Being, October 2011, S. 16.

2011 hat die OECD ihren „Better Life Index“ vorgestellt, seit Anfang 2014 gibt es auch eine Homepage auf Deutsch (http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/). 2011 hat die OECD dazu auch die Studie „How’s life? Measuring Well-Being“ veröffentlicht. 2013 sind die OECD Guidelines on „Measuring Subjective Well-being“ und „How’s life? 2013“ erschienen. 2012, 2013 und im April 2015 ist der UN Happiness Report erschienen. Im Vorwort erwähnt („lobt“) der UN Report 2013 Bundeskanzlerin Angela Merkel und den britischen Premierminister David Cameron als weltweite Vorreiter für Well-being als Zielsetzung der (Wirtschafts-)Politik.

Auf der Grundlage des Better Life Index hat die OECD 2014 Empfehlungen für die (Wirtschafts-) Politik der Bundesregierung ausgesprochen: „Unsere **Kernbotschaft** ist, dass Deutschland ein inklusiveres Wachstumsmodell verfolgen sollte. Basierend auf **guten Löhnen**, **einem fairen Steuersystem**, **gleichen Bildungschancen** für **alle** und **höheren Bildungsinvestitionen**.“ so der **Generalsekretär** der **OECD** Angel Gurría bei der Vorstellung des **OECD Deutschlandberichts** am 13. Mai 2014 in Berlin (zitiert nach Jakob Augstein, Die Deutschen lassen sich zu viel gefallen, Kolumne Spiegel online vom 15. Mai 2014).

Das Institut der Arbeit (IZA) Bonn, das von Prof. Klaus F. Zimmermann geleitet wird, schreibt in der März-Ausgabe 2015 des IZA compact zu den Ergebnissen eines Forschungsprojekts zum Thema "Zuwanderung und Zufriedenheit":

"Die ökonomische Glücksforschung ist ein schnell und ergiebig wachsendes Forschungsfeld innerhalb der Wirtschaftswissenschaften. Ihr methodisches Instrumentarium wird kontinuierlich erweitert ... Im gleichen Maße wie derzeit viele Staaten bestrebt sind, ihre traditionellen Wohlfahrtsindikatoren um Aspekte der Lebenszufriedenheit zu ergänzen und Wirtschaftsunternehmen ihre Mitarbeiter besser „verstehen“ wollen, wächst auch die gesellschaftliche Bedeutung der ökonomischen Glücksforschung. Es zeichnet sich ab, dass künftig subjektive und objektive Wohlfahrtsmessung gleichberechtigt nebeneinander stehen, wenn nicht gar miteinander verschmelzen werden.“ (Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) Bonn, Zuwanderung und Zufriedenheit - Migration beeinflusst das Wohlbefinden einer Gesellschaft, IZA compact, März 2015, S. 4 http://ftp.iza.org/compacts/iza\_compact\_de\_50.pdf).

Die Haltung des Sachverständigenrats Wirtschaft (SVR) zu "Subjektiven Indikatoren" ist vor dem Hintergrund des aktuellen Stands der Forschung nicht nachvollziehbar. In anderem Zusammenhang spricht Wolfgang Münchau in seiner Kolumne am 18.5.2015 auf "Spiegel online" auch von "Glaubensgemeinschaften" im Sachverständigenrat Wirtschaft (http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/bargeld-abschaffen-eine-schraege-debatte-muenchau-kolumne-a-1034256.html).

Meine Grundsatzkritik am SVR bezieht sich aber nicht nur auf die Angemessenheit des Ziels/ der verwendeten Indikatoren für die Politik-Beratung durch den SVR, sondern auch auf die vom SVR verwendeten, seinen Empfehlungen zugrundeliegenden Theorie, d.h. der Neoklassik.

Die auf dem Standard Economic Model fußende Neoklassik einerseits und die mit dem Dualen Handlungssystem arbeitende Behavioral Economics ("Verhaltensökonomie") andererseits haben nämlich kaum etwas/ nicht viel gemeinsam. Oder um mit den Worten von Angela Merkel (Rede zur Eröffnung der Tagung der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften im August 2014 in Lindau) zu sprechen: Bei der Neoklassik handel es sich um Forschen "im luftleeren Raum", bei der Verhaltensökonomie geht es darum, die "Realität" zu verstehen und auf dieser Grundlage die Politik zu beraten.

- **Preisverleihung an Dr. Inga Cornelia Schad-Dankwart** für ihre Dissertation:  **„Ordnungspolitik für irrationale Menschen – Eine Synthese aus Psychologie und Ordoliberalismus**“ - **zum aktuellen Stand der Entscheidungstheorie** **(Verhaltensökonomik)**

Eine der PreisträgerInnen des Roman Herzog Instituts war Dr. Inga Cornelia Schad-Dankwart. Ihr wurde der Preis für ihre Dissertation „Ordnungspolitik für irrationale Menschen – Eine Synthese aus Psychologie und Ordoliberalismus“. verliehen, die sie an der Universität Köln geschrieben hat. Die Laudatio wurde von Prof. Dieter Frey, der den Lehrstuhl für Sozialpsychologie an der LMU München innehat, gehalten. Die Arbeit kommt zum Schluss, dass die Erkenntnisse der Behavioral Economics Eingang in den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft finden müssen, um eine effiziente, auf die Realität bezogene Ordnungspolitik sicherzustellen. Dies entspricht auch dem aktuellen Stand der Entscheidungstheorie.

Justin Fox, der bis 2014 Executive Director und Editorial Director beim Harvard Business Review war, schreibt im aktuellen Harvard Business Manager (Ausgabe August 2015) in seinem Beitrag "Am Anfang war der homo oceconomicus" dazu:

"Die Erforschung von Heuristiken und kognitiven Verzerrungen und ihr bekannter Ableger, die Verhaltensökonomik (auch Behavioral Economics, Anmerk. KR), sind zur dominanten wissenschaftlichen Strömung der Entscheidungstheorie geworden. Die Vertreter dieses Zweigs haben großen Einfluss auf Wirtschaft, Staat und Finanzmärkte ..." (S. 47). Zur Berücksichtigung/Umsetzung dieser Erkenntnisse bei/in Management-Entscheidungen verweist Fox auf das (führende) Business School Lehrbuch "Judgement in Managerial Decision Making" von Max Bazerman von der Harvard University.

Erwähnt sei an dieser Stelle auch der sehr lesenswerten verhaltensökonomisch-ordnungspolitischen Gastbeitrag von Prof. Lothar Funk (Hochschule Düsseldorf) "Verhaltensökonomie in der Wirtschaftspolitik - Ist Stupsen illiberal?", in der NZZ (<http://www.nzz.ch/wirtschaft/ist-stupsen-illiberal-1.18504507>).

Nach N. Gregory Mankiw und Mark P. Taylor besteht das "**Standard Economic Model**" der Neoklassik aus folgenden Annahmen:

(**1**) die "Wirtschaftssubjekte" (economic agents]) sind rational und zeitkonsistent (willensstark) in ihrem Verhalten, wobei sie egoistisch ohne Rücksicht auf andere (not to consider the utility of others) ihren eigenen Nutzen/Gewinn maximieren. Diese Annahmen werden gemeinsam auch als homo oeconomicus-Annahme bezeichnet.

Dabei gilt stets, dass

(**2**) mehr (Materielles) besser als weniger ist (more is preferred to less).[[1]](#footnote-1)

Das Standard Economic Model beinhaltet neben der homo oeconomiucs-Annahme also auch die Annahme das mehr (Materielles) besser als weniger ist. Diese (bloßen) Annahmen (der Neoklassik) stehen konträr zu den empirisch fundierten Erkenntnissen der Behavioral Economics (Verhaltensökonomik).

Zu den Erkenntnissen der Behavioral Economics ist vor kurzem auch ein Aufsatz von mir in den Verbandsmitteilungen der Wirtschaftsphilologen in Bayern (Verband der Lehrer für das Fach Wirtschaft und Recht an bayerischen Gymnasien) erschienen (ist als Anhang beigefügt). Dabei handelt es sich um die aktualisierte Kurzfassung meines Papiers "[Abschied von der Neoklassik (Standard Economic Model)](https://www.th-nuernberg.de/fileadmin/Hochschulkommunikation/Publikationen/Sonderdrucke/59_Ruckriegel.pdf)", Sonderdruck Nr. 59 der Schriftenreihe der TH Nürnberg, Februar  2015 (https://www.th-nuernberg.de/fileadmin/Hochschulkommunikation/Publikationen/Sonderdrucke/59\_Ruckriegel.pdf).

Die Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften George Akerlof (2001) und Robert Shiller (2013) schreiben zur Neoklassik schlicht:

„The theories economists typically put forth about how the whole economy works are too simplistic.”

George A. Akerlof, Robert J. Shiller[[2]](#footnote-2)

Auch der **Harvard Business Review** (HBR) beschäftigte sich in seiner **Ausgabe vom Mai 2015** mit dem **Schwerpunkt "Entscheiden"** vor dem Hintergrund der Erkenntnisse der Behavioral Economics. Die Beiträge im HBR richten sich dabei vorrangig weltweit an Manager/ Entscheider in den Unternehmen. In der aktuellen Ausgabe August 2015 des Harvard Business Managers (HBM), der auch dem Schwerpunkt "Entscheiden" gewidmet ist, finden sich diese Beiträge auf Deutsch (S. 21-57). Der HBM schreib einleitend dazu (S. 21): "Wer komplexe Entscheidungen treffen muss, versucht, so objektiv wie möglich zu sein. Doch das geht häufig schief. Denn irrationales Handeln liegt uns im Blut und läuft oft unbewusst ab."

Im Mittelpunkt stehen hierbei die Implikationen, die unser Duales Handlungs- (Entscheidungs-) System auf unsere Handlungen/Entscheidungen hat.

Grundlegend für ein Verständnis darüber, wie Menschen sich wirklich verhalten, ist das Duale Handlungssystem, also die Art des Zusammenwirkens von Neokortex/System 2 nach Kahneman und dem Limbischen System/System 1 nach Kahneman (einführend zum Dualen Handlungssystem Karlheinz Ruckriegel, Günter Niklewski, Andreas Haupt: Gesundes Führen mit Erkenntnissen der Glücksforschung, Freiburg 2015, S. 21-30).

Im HBM wird dem Leser zur Vertiefung u.a. das Buch von Daniel Kahneman, Schnelles Denken, langsames Denken (München 2012), zur Vertiefung empfohlen. Der HBM schreibt (S. 56) : "Dieser dicke Schmöcker ist eines der wichtigsten Werke über menschliches Entscheidungsverhalten. Nobelpreiträger Daniel Kahneman (der Psychologe Daniel Kahneman hat 2002 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Kritik am homo oeconomicus erhalten, Anmerk. KR) und sein Forscherkollege Amos Tverski beerdigten mit ihrer Forschungsarbeit die Vorstellung vom rational handelnden Menschen."

Christoph Seeger, der Chefredakteur des Harvard Business Manager schreibt:  "Wir alle müssen täglich Entscheidungen treffen. Selbst erfahrene Führungskräfte unterschätzen dabei, wie stark kognitive Verzerrungen unser Urteilsvermögen trüben. Verhaltensökonomen und Psychologen analysieren die häufigsten Fehler und beschreiben in unserer neuen Ausgabe, worauf Sie achten müssen. ... In unserem aktuellen Schwerpunkt "Entscheiden" fassen unsere Autoren den Stand der Forschung zu diesem Thema zusammen und geben Tipps, was Manager und Mitarbeiter im Alltag besser machen können." (http://www.harvardbusinessmanager.de/extra/artikel/harvard-business-manager-heft-8-2015-weiser-entscheiden-a-1044117.html).

Die häufigsten Wahrnehmungsfehler haben  die Harvard-Business-School-Professoren John Beshears und Francesca Gino in ihrem Beitrag ["Der Weg zu weisen Entscheidungen"](https://heft.harvardbusinessmanager.de/digital/#HM/2015/8/136352650-2012650) im Harvard Business Manager in einer Übersicht (S. 28) zusammengetragen. Diese Übersicht ist als Anlage beigefügt. Diese kognitiven Verzerrungen entstehen aus dem Zusammenspiel des Dualen Handlungssystem (siehe dazu insb. S. 24).

John Payne von der Duke University und seine Co-Autoren, die gemeinsam auch den Beitrag "A User`s Guide to Debiasing" in dem Standardwerk "The Wiley Blackwell Handbook of Judgment and Decision Making", das Ende 2015 in einer Neuauflage erscheint, geschrieben haben, weisen in ihrem Artikel "Vorsicht, verzerrte Wahrnehmung" in HBM zum Schluss nochmals auf Folgendes hin (S. 45):

"Es wäre vermessen zu glauben, dass wir diese Denkfehler durch bloße Willenskraft überwinden können. Doch wir können sie zumindest voraussehen und vermeiden, indem wir uns bei unseren Entscheidungsprozessen mithilfe subtiler Strategien in die richtige Richtung manövrieren."

In unserem Buch "Gesundes Führen mit Erkenntnissen der Glücksforschung" (http://shop.haufe.de/gesundes-fuehren-mit-erkenntnissen-der-gluecksforschung) geht es vor diesem Hintergrund daher in meinem Teil auch zunächst darum, zu zeigen, was einerseits "haltlose Annahmen" in den Wirtschaftswissenschaften sind und was andererseits der Stand der aktuellen Erkenntnisse der interdisziplinären Forschung in den Wirtschaftswissenschaften ist, um darauf aufbauend Empfehlungen für Management und Personalführung abzuleiten. Oder um mit den Worten der Bundeskanzlerin, die sie bei ihrer Rede zur Eröffnung der Tagung der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften im August 2014 in Lindau gebrauchte, zu sprechen: Es geht darum Forschen im "luftleeren Raum" von der "Realität" zu unterscheiden.

Das bisher Gesagte ist daher aus Sicht der Unternehmen bei Weitem keine rein theoretische Diskussion. Vielmehr ist es sehr wichtig, sich diese Zusammenhänge bewusst zu machen, da die meisten der heutigen Führungskräfte in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger vom alten (neoklassischen homo oeconomicus-) Paradigma in den Wirtschaftswissenschaften geprägt wurden. Nicht haltbare Annahmen, die zu bestimmten Prägungen führen, bewirken auch fehlerhafte Managemententscheidungen und falsches Führungsverhalten. Diese Prägungen müssen erst als "bloße" Setzungen identifiziert und entkräftet werden, bevor Neues Platz findet, bevor die Erkenntnisse der interdisziplinären Glücksforschung auf fruchtbaren Boden fallen können und wirklich Eingang ins tägliche Handeln finden zu können.

**2. Handlungsempfehlung des Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft - Ergänzung notwendig**

Am 8.7.2015 stellte der Zukunftsrat der Bayerischen Wirtschaft im Beisein von Ministerpräsident Horst Seehofer in München seine Handlungsempfehlungen für Bayern vor (https://www.vbw-bayern.de/vbw/Aktionsfelder/Innovation-F-T/Forschung-und-Technologie/Livestream-Was-Bayern-morgen-braucht..jsp). Ministerpräsident Horst Seehofer sagte, dass die bayerische Staatsregierung diese Handlungsempfehlungen aufgreifen werde.

Bei den Handlungsempfehlungen des Zukunftsrats, die ansonsten schon relativ detailliert waren, kommt allerdings ein wesentlicher Punkt zu kurz: Wie schaffen wir es, die Mitarbeiter in den Unternehmen zu aktivieren, sie mitzunehmen?

Dass hier in Deutschland noch Einiges im Argen liegt, zeigen aktuelle Studien von Gallup, SOEP, ... zuhauf. Bei der Zufriedenheit am Arbeitsplatz und beim Engagement bei der Arbeit belegen wir im internationalen Vergleich leider keine Spitzenplätze (siehe etwa S. 36 - 41 in unserem Buch "Gesundes Führen ..."). Das heißt aber auch, dass Deutschland bei Produktivität, Kreativität, aber auch schlicht beim Wohlbefinden der Menschen noch (viel) Potential nach oben hat.

Daher sind auch Handlungsempfehlungen für die Unternehmen wichtig, um dieses Potential zu heben.

Wir - Prof. Günter Niklewski, Ärztlicher Direktor und Chefarzt der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie am Klinikum Nürnberg, Andreas Haupt, Regionalgeschäftsführer der BARMER GEK Mittelfranken und ich - haben uns in unserem Buch "Gesundes Führen mit Erkenntnissen der Glücksforschung" mit diesem Thema ausführlich beschäftigt. Prof. Randolf Rodenstock - der frühere Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) - hat ein Geleitwort für unser Buch geschrieben, das Ende 2014 bei Haufe erschienen ist. Das Buch richtet sich als Ratgeber insbesondere an Manager und Führungskräfte.

Zu diesem Thema habe ich auch Beiträge im Handelsblatt, in der Wirtschaftswoche und in meiner Gastkolumne bei focus online geschrieben. Eine kurze Zusammenfassung ist in der Zeitschrift "acquisa" für Dialogmarketing und Social Media, Ausgabe Juni 2015, erschienen (als Anhang beigefügt).

In der Jan./ Februar Ausgabe 2012 hat sich der Harvard Business Review (HBR) schwerpunktmäßig mit dem Thema "The Value auf Happiness - How Employee Well-Being Drives Profits" beschäftigt. Der HBR schreibt im Editorial dazu: “Why write about happiness ….? Because emerging research from neuroscience, psychology, and economics make the link between a **thriving workforce** (glücklichen/zufriedenen MitarbeiterInnen, Anm. KR) and **better business performance** absolutely clear.”

**3. Griechenland:** "**Griechenlands fehlenden Flotte** **- mit einer korrekten Handelsstatistik wären Athen womöglich einige Debatten erspart geblieben"** (Norbert Häring, Ökonomie-Korrespondent des Handelsblatts)

Am 15.6.2015 ist im Handelsblatt ein Artikel von Norbert Häring, Ökonomie-Korrespondenten des Handelsblatts, erschienen, der aufhorchen lässt. Der Artikel ist mit "Griechenlands fehlenden Flotte - Mit einer korrekten Handelsstatistik wären Athen womöglich einige Debatten erspart geblieben" überschrieben (https://archiv.handelsblatt.com/document?id=HBON\_\_HB+11916094&src=hitlist).

Norbert Häring schreibt:

"Das Land hat die größte Handelsflotte der Welt, aber ein großer Teil ihrer Einnahmen taucht nicht in der Statistik auf. ... Auf die griechische Leistungsbilanz würde sich eine Untererfassung der Reedereieinnahmen massiv auswirken, mit Folgen für die Krisendiagnose. Die gängige Diagnose ist, dass Griechenland ein Exportschwächling ist, der relativ zu den Importen viel zu wenig exportiert habe. Dadurch habe sich das Land übermäßig im Ausland verschuldet. Zumindest könnte man angesichts der Zahlen mutmaßen, dass diese Annahme falsch ist. ... Für das Vorkrisenjahr 2008 schätzt Bernegger den Fehler beim Umsatz der Handelsschifffahrt auf mindestens 70 Milliarden Euro, was die Exportquote des Landes von 20 Prozent des BIP auf 50 Prozent nach oben schnellen ließe. Zieht man eine Vorleistungsquote von 30 bis 40 Prozent ab, würde das die Leistungsbilanz um 40 bis 45 Milliarden Euro verbessern. Statt eines Defizits in der Leistungsbilanz von 30 Milliarden Euro im Jahr 2008 wäre dann ein Überschuss von zehn bis 15 Milliarden Euro verzeichnet worden. ... Eine weitere Untererfassung vermutet der Finanzexperte auch beim Tourismus."

Trifft dies zu, so stimmt die gängige Diagnose und die daraus gefolgerte Notwendigkeit eine (internen) Abwertung über Preis- und Lohnsenkungen zur Rückerlangung der (preislichen) Wettbewerbsfähigkeit (gegenüber dem Ausland) aber nicht.

Das wäre allerdings eine Fehler fundamentaler Art.

Noch am 30.6.2015 bezieht sich Prof. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts in München, in seinem Gastkommentar im Handelsblatt, der mit "Der Grexit als Chance" überschrieben ist, auf die großen Handelsbilanzdefizite Griechenlands und schließt daraus, dass Griechenland "offenkundig nicht wettbewerbsfähig war. Die Wettbewerbsfähigkeit war in der inflationären Kreditblase verloren gegangen, die der Euro dem Land gebracht hatte."

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble sagt in seinem Interview mit dem Spiegel vom 18.7.2015 dazu: "2009 hatte Griechenland ein Etatdefizit von 15% und ein Leistungsbilanzminus in gleicher Höhe. Beide Kennziffern sind Ausweis dafür, dass das Land über seine Verhältnisse gelebt hat und dass erheblicher Sanierungsbedarf besteht." (S. 32)

Die Handelsbilanz, die den Handel mit Waren und Dienstleistungen erfasst, ist Teil der Leistungsbilanz und die Leistungsbilanz wiederum ist Teil der Zahlungsbilanz (zum Aufbau, zur Struktur und zum Konzept/ inneren Logik der Zahlungsbilanz/Zahlungsbilanzstatistik siehe etwa Egon Görgens/ Karlheinz Ruckriegel, Makroökonomik, 10. Auflage, Stuttgart 2007, S. 41-48: "Zahlungsbilanz").

Prof. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, schreibt im Handelsballt vom 22.6.2015: "Niemand wird bestreiten können, dass Griechenland bereits einen beschwerlichen Weg zurückgelegt hat. Die Kürzung der Staatsausgaben, selbst beim Militär, die Eingriffe in die Löhne und Renten, die Öffnung des Arbeitsmarkts sind hier zu nennen. Beim konjunkturbereinigten Haushaltssaldo wurde von 2010 bis 2014 eine gewaltige Wende von - 9,4 auf +1,0 Prozent erreicht; die OECD spricht von einem der reformaktivsten Staaten. Doch ebenso wird niemand bestreiten können, dass all dies noch nicht reicht: Es gibt eine unverändert hingenommene Korruption, bisher nicht bekämpfte und deshalb weiterhin beachtliche Steuerhinterziehung, eine die Wettbewerbsfähigkeit belastende Verteuerung der Energiepreise, unzureichende Öffnung der Märkte für Waren und Dienstleistungen, einen weiterhin hypertrophen Staat (https://archiv.handelsblatt.com/document?id=HB\_\_57B093BB-964C-4460-A8C7-0C1A0A0F2674%7CHBPM\_\_57B093BB-964C-4460-A8C7-0C1A0A0F2674&src=hitlist).

Auch hat der IWF bereits 2013 offiziell eingeräumt, dass beim Hilfsprogramm für Griechenland Fehler gemacht wurden. "Der Chefvolkswirt des IWF, Olivier Blanchard, hatte schon im Januar (2013, Anmerk, KR) eingeräumt, dass der Fonds den Multiplikator für Griechenland falsch kalkuliert hat: "Die Prognostiker haben auf entscheidende Weise den Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Rückgang der Nachfrage unterschätzt, der mit der Haushaltskonsolidierung einhergeht"", so zitiert Nikolaus Piper die Studie von Blanchard in seinem Artikel "Zu harte Sparmaßnahmen; IWF gesteht Fehler bei Griechenland-Paket ein", der am 6.6.2013 in der Süddeutschen Zeitung erschienen ist (http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/sparmassnahmen-in-griechenland-iwf-uebt-sich-in-selbstkritik-1.1689643).

Der Spiegel vom 11.7.2015, der sich schwerpunktmäßig mit Griechenland beschäftigt, geht auch auf die Rolle des IWF ein (Der Fluch der Troika, S. 66f): "Tatsächlich hat auch der IWF in der Griechenlandkrise Fehler gemacht. Zum Teil hat er sie sogar öffentlich zugegeben. Beispielsweise, dass er die Wucht der Einsparungen unterschätzte, die er anfangs verordnete, den sogenannten Multiplikator, mit dem geringere Staatsausgaben das Wirtschaftswachstum dämpfen." (zur Wirkungsweise des Multiplikators siehe etwa Egon Görgens/ Karlheinz Ruckriegel, Makroökonomik, 10. Auflage, Stuttgart 2007, S. 94 - 98: "Einkommensmultiplikator und Gleichgewichtseinkommen").

Das Handelsblatt schreibt unter "Einseitiger Sparkurs" (24./25./26.7.2015, S. 51) dazu:

"Nicht zuletzt eine Erfahrung hat das Leben der Griechen in den vergangenen fünf Krisenjahren geprägt: die Erfahrung, dass die Sparauflagen der internationalen Geldgeber ihr Heimatland nicht stärker, sondern schwächer gemacht haben. Zwischen 2009 und 2013 fiel das griechische Bruttoinlandsprodukt von 232,7 auf 182,9 Milliarden Euro. Griechenland verlor mehr als ein Fünftel seiner Wirtschaftsleistung. Die Arbeitslosenquote stieg von acht auf 27 Prozent. Die Nettoeinkommen in der Privatwirtschaft gingen zwischen 2010 und 2013 um 23 Prozent zurück. Die Kaufkraft einer griechischen Durchschnittsfamilie fiel in der Krise auf den Stand des Jahres 2000. Selbst die Retter haben inzwischen eingesehen, dass der einseitige Sparkurs ein Irrweg war: Man habe die Auswirkungen der den Griechen verordneten Ausgabenkürzungen auf die Konjunktur krass unterschätzt, räumen Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) inzwischen ein. Die Schuld liegt allerdings nicht nur bei der Europäischen Union, bei IWF und Europäischer Zentralbank, sondern auch bei den griechischen Krisenregierungen: Sie scheuten jene Strukturreformen, die der Wirtschaft des Landes Wachstumsimpulse geben und das Land international wettbewerbsfähiger machen sollten."

Fußten die Austeritätsprogramme der "Troika" zur Rückgewinnung der (preislichen) Wettbewerbsfähigkeit, die zu massiven Einbrüchen in der Binnennachfrage und dadurch zu einer dramatischen Erhöhung der Arbeitslosigkeit in Griechenland führten, schlicht auf einer mangelnden Datenbasis und auf falschen Prognosen? Und: Hätte man/ die "Troika" sich nicht vielmehr auf strukturelle Reformen in Griechenland, und hier insbesondere auf das Einnahmen (Steuerhinterziehungs-) Problem des griechischen Staats konzentrieren müssen?

Diese Fragen verdienen es, dass man ihnen bei den Verhandlungen/ Diskussion um ein drittes Hilfsprogramm für Griechenland hinreichend Aufmerksamkeit schenkt.

**4. Griechenland: Zur Frage ökonomischen Sinnhaftigkeit eines Grexits - einige Fakten**

In seinem Interview mit dem Spiegel vom 18.7.2015 sagte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble: "Ein Schuldenschnitt in der Währungsunion ist unmöglich. Das lassen die Europäischen Verträge nicht zu" (S. 31).

Die Idee, dass Griechenland die Eurozone verlassen müsse, damit es zu einem Schuldenerlass kommen könne, ist aus ökonomischer Sicht unverständlich. Schuldenerleichterungen (sog. "Umschuldungen") können auch durch Stundungen von Zins- und Tilgung sowie Verminderung der Zinshöhe erfolgen.

In Interview mit dem Handelsblatt vom 29.7.2015 führt Prof. Bert Rürup, der Präsident des Handelsblatt Research Institute und frühere Vorsitzende des Sachverständigenrats, dazu Folgendes aus: "Wir reden öffentlich, als ob eine Umschuldung substanziell etwas anderes wäre als ein Schuldenschnitt. Natürlich ist eine Umschuldung ein Schuldenschnitt. Wenn ich die Laufzeit verlängere und die Zinsen verkürze, habe ich doch denselben Effekt." (S. 8).

Bereits im November 2012 kam es zu einem solchen "verdeckten Schuldenerlass" für Griechenland. Die FAZ vom 26.1.2015 schreibt hierzu: "Einen zweiten, verdeckten Schuldenerlass gewährten die Euro-Finanzminister im November 2012. Ihr Paket umfasste damals einen kreditfinanzierten Schuldenrückkauf, eine Senkung der Zinsen für die Hilfskredite und eine sehr lange Streckung ihrer Laufzeiten (um 15 auf 30 Jahre). Die letzten Rückzahlungen an die europäischen Kreditgeber sind erst 2044 fällig. Die Zinsen wurden um einen Prozentpunkt auf nur noch den Euribor-Zinssatz plus 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Aktuell sind das also nur noch 0,6 Prozent (http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/griechenland/wie-viel-schulden-griechenland-schon-erlassen-wurden-ein-offener-und-ein-verdeckter-schuldenschnitt-13391476.html))."

Ob es sich um einen offenen Schuldenschnitt (wie etwa im März 2012 bei den privaten Gläubigern) oder um einen "verdeckten" Schuldenerlass (wie im November 2012 durch die Euro-Finanzminister) handelt, macht ökonomisch keinen Unterschied. Ein weiterer "verdeckter" Schuldenschnitt ist daher auch künftig möglich, ohne dass Griechenland dafür die Währungsunion verlassen muss.

Was mich allerdings sehr wundert ist, dass die Auflagen der bisherigen Hilfspakete zwar zu enormen Sparmaßnahmen geführt haben. Allerdings ist es nicht gelungen, an grundlegend strukturellen Problemen in Griechenland viel zu ändern. Wieso soll ein Grexit daran was ändern, wenn es nicht einmal der "Troika" in den letzten Jahren gelungen ist? Oder hat die Troika falsche Schwerpunkte gesetzt?

In seinem Beitrag "Die schlechteste aller Lösungen" schreibt Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, im Handelsblatt vom 16.6.2015: "Die Unterstellung, ein Grexit würde die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken, zeugt von einem falschen Verständnis seiner Probleme. Das sind vor allem seine schlechten staatlichen Institutionen: Der Aufbau eines Katasteramts, einer effektiven Steuerbehörde (Stichwort dramatische "Steuerhinterziehung", Anmerk. KR), die Bekämpfung von Korruption und der Abbau von Bürokratie würden mit einem Grexit und wirtschaftlichem Kollaps nicht leichter, sondern noch schwieriger."

Zum Vorschlag eines Austritts Griechenlands aus der Währungsunion auf Zeit schreibt Prof. Micheal Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln, in seinen Gastbeitrag "Die Grexit-Ilussion", der am 12.7.2015 im Handelsblatt erschienen ist (https://archiv.handelsblatt.com/document?id=HBON\_\_HB+12045336&src=hitlist&offset=10):

"Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat die Verhandlung über ein mögliches drittes Hilfspaket für Griechenland mit dem Vorschlag gewürzt, Griechenland solle für (mindestens) fünf Jahre aus dem Euro ausscheiden, um sich nachhaltig haushaltspolitisch zu sanieren und ökonomisch neu aufzustellen. Der große Vorteil läge darin, durch eine neue eigene Währung über eine anfänglich massive Abwertung die notwendigen Preisanpassungen schlagartig herbeiführen zu können.

Zu dem Zeitgewinn kommt hinzu, dass damit schwierige und konfliktreiche interne Anpassungen unterbleiben können. Denn die ansonsten erforderliche reale Abwertung verlangt Lohnkürzungen. Diese hat es freilich bereits in erheblichem Ausmaß gegeben, allerdings blieben die Preissenkungen auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten weit dahinter zurück, was an der unverändert geringen Wettbewerbsintensität infolge hoher Produktmarkregulierungen und rigider Marktzugangsbedingungen liegt.

Preissenkungen verbessern die Exportchancen der heimischen griechischen Wirtschaft, zu dem wird die private Nachfrage in Griechenland von dann sehr teuren Importgütern auf heimische Produktion umgelenkt. Freilich ist es bereits in den vergangenen Jahren infolge geringerer Einkommen zu einer Verringerung der Importe auf das Lebensnotwendige gekommen, außerdem ist die selbst in der Industrie kleinteilige Produktion auf wenig innovative Sektoren konzentriert. Da helfen Preisvorteile bei weitem nicht allein, um zu neuem Wachstum zu gelangen.

Aber selbst wenn man diese Vorteile mal so nimmt, dann müssen sie die Nachteile kompensieren, um einen befristeten Austritt aus dem Euro attraktiv zu machen. Die wichtigen Energierohstoffe müssen weiterhin importiert werden, ebenso jene Güter des verarbeitenden Gewerbes, die gebraucht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Betriebe nachhaltig zu verbessern oder auch nur, um die bestehenden Apparaturen funktionsfähig zu halten. Wer kann dann die Importe zahlen? Angesichts des bereits reduzierten Einkommens und der schwachen Unternehmensgewinne, gerade im KMU-Bereich, löst dies gewaltige Verteilungskonflikte aus.

Der Vorschlag taugt so nicht.

Vor allem aber: Was passiert mit den Auslandsschulden der Griechen? Unproblematisch sind die Verpflichtungen bei den europäischen Gläubigern, denn dafür beginnt nach den Regelungen vom November 2012 erst nach 2020 die Tilgung, während die Zinsen für das eine Paket auf zehn Jahre gestundet wurden. Der Zinssatz wurde generell abgesenkt, auf Euribor plus 0,5 Prozentpunkte. Schwierig wird es mit den Verpflichtungen gegenüber IWF und Europäischer Zentralbank. Angesichts der deutlichen Abwertung der neuen Währung dürfte es Griechenland sehr schwer fallen, diese Schulden zu bedienen. Ein Land, das international seine Verpflichtungen fünf Jahre nicht erfüllen konnte, wird kaum in den Euro zurückkehren können."

Dass Griechenland im Falle eines Grexits auf absehbare Zeit seine Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern nicht mehr bedienen kann/wird, ist anzunehmen. Deutschlands Anteil bei der Haftung liegt hier zwischen 80 und 90 Mrd. Euro (Näheres hierzu findet sich unter http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-soviel-verliert-deutschland-bei-pleite-a-1041209.html).

Und es gibt noch einen Punkt, der zu beachten ist. Bei einem Grexit wird die neue griechische Währung zum Spielball unberechenbarer Finanzmärkte und damit zu einem Problem an sich für die Griechenland.

“Solange die Zukunftserwartungen der Menschen zwischen übertriebenem Optimismus und übermäßigen Pessimismus – oder zwischen Gier und Angst – hin und her schwanken, werden Aktienkurse einem unvorhersehbaren Zickzackkurs folgen, dessen Verlauf den zerklüfteten Gipfeln der Anden nicht unähnlich sind.“

Neil Ferguson, Der Aufstieg des Geldes – Die Währungen der Geschichte, Frankfurt 2009, S. 151

Bei den Verhandlungen zum dritten Hilfspaket für Griechenland sollte daher auch sorgsam darauf geachtet werden, dass nicht neoliberales Denken, das auf der neoklassischen Theorie fußt, blindlings umgesetzt wird. Dass diese Theorie nicht geeignet ist, die Realität zu abzubilden, da die ihr zugrunde liegenden Annahmen nichts mit dem realen Menschen zu tun haben, ist hinlänglich bekannt (siehe hierzu etwa meinen Vortrag "Der Abschied vom homo oeconomicus (vom Standard Economic Model) - Konsequenzen für das Regierungs- und Stiftungshandeln", den ich am 8.5.2015 beim Deutschen StiftungsTag 2015 in Karlsruhe gehalten habe: http://www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Termine\_und\_Vernetzung/Deutsche\_StiftungsTage/StiftungsTag\_2015/Dokumentation/20150508\_Festveranstaltung\_Abschied\_vom\_homo\_oeconomicus\_Ruckriegel.pdf)

Bei diesen Verhandlungen sollten aber auch die Erkenntnisse des OECD Better Life Index (über Griechenland) Beachtung finden (http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/countries/greece-de/), da das Ziel des Hilfspakets ja auch ist, die Lage, das Leben in Griechenland zu verbessern.

**5. Zum Sondergutachten des Sachverständigenrat (Wirtschaft) "Konsequenzen aus der Griechenlandkrise für einen stabileren Euro-Raum" vom 28.7.2015**

## Bei der Vorstellung des Sondergutachtens wird Prof. Lars Feld, Mitglied des SVR, mit folgenden Worten zitiert: Es sei "wohl allemal besser, die Finanzmärkte als anonyme Regelungsinstanz vorzusehen" so der Bericht auf Spiegel online vom 28.7.2015, der mit dem Titel "Wirtschaftsweise zur Eurokrise: Der Markt soll's richten" überschrieben ist (http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/wirtschaftsweise-wollen-markt-als-euro-schiedsrichter-a-1045669.html).

In seinem Sondervotum zu diesem Sondergutachten des SVR schreibt Peter Bofinger, ebenfalls Mitglied des SVR hingegen (S. 42f):

Das ordnungspolitische Konzept, für das sich die Mehrheit zur Stärkung der Währungsunion ausspricht, ist somit wesentlich vom Vertrauen in die stabilisierenden Kräfte des Marktes geprägt. In Not geratenen Mitgliedstaaten sollten in Zukunft „keine politischen Partner, sondern anonyme Finanzmärkte“ gegenüberstehen. Wenn die Haftung für andere Mitgliedstaaten glaubwürdig ausgeschlossen werde, könnten die „Finanzmärkte ihre Disziplinierungsfunktion ausüben, indem sie über höhere Risikoprämien auf Staatsanleihen die fiskalische Disziplin der Mitglieder einfordern." Für das ausgeprägte Vertrauen der Mehrheit in Marktprozesse als ordnungspolitischem Grundprinzip einer Währungsunion gibt es bisher wenig Evidenz."

„No one has ever made rational sense of the wild gyrations in financial prices, such as stock prices.”

George Akerlof (Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 2001)/ Robert Shiller (Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften 2013), Animal Spirits – How Human Psychology Drives the Economy, and why it matters for Global Capitalism, Princeton et al. 2009, S. 131.

In seinem Gastbeitrag im Handelsblatt vom 29.7.2015 (S. 48) führt Marcel Fratzscher, der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung dazu aus: "Erstaunlich ist, dass der Sachverständigenrat die Lösung von Krisen fast ausschließlich in einer Stärkung von Märkten sieht und eine stärkere Kontrolle und Sicherung der Einhaltung gemeinsamer Regeln durch die öffentliche Hand ablehnt. Wenn uns die globale und die europäische Finanzkrise etwas gelehrt haben, dann ist es, dass Finanzmärkte und Banken eben nicht verlässlich genug sind und die staatliche Kontrolle nicht ersetzen können."

Die Unberechenbarkeit der Finanzmärkte zeigte sich bei Staatsanleihen seit der Gründung der Europäischen Währungsunion 1999.

Jan Mallien, Korrespondent des Handelsblatts in Frankfurt, schreibt in seinem Beitrag "Es waren magische Worte (gemeint sind die Worte "Whatever it takes" vo Mario Draghi im Juli 2012, Anmerk. KR) am 27.7.2015 im Handelsblatt: "Tatsächlich sind die Zinsabstände zwischen den Euro-Ländern seither stark zurückgegangen. Kritiker hätten die Zinsen am liebsten dem Markt überlassen. Je höher die Zinsen, desto stärker der Spardruck, so die Logik. Doch leider funktionieren Märkte nicht so effizient wie im VWL-Lehrbuch. Vor der Euro-Krise haben sie die Risiken in Ländern wie Italien, Spanien oder Portugal praktisch ignoriert. Die Zinsen waren viel zu niedrig. Später dagegen gerieten die Märkte in Panik, und die Zinsen waren trotz harter Reformen zu hoch."

Jörg Asmussen, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und ehemaliges Mitglied des EZB-Rates, führte auf seinem Vortrag bei der Handelsblatt-Konferenz "Ökonomie neu denken" am 26.2.2014 in Frankfurt dazu Folgendes aus: "Ich denke, dass inzwischen klar ist, was wirtschaftstheoretisch nicht funktioniert hat: Im Kern ging es um die Unzulänglichkeit der neoklassischen Finanzmarkttheorie, die Institutionen weitgehend ignoriert hat und unterstellt, dass Finanzmärkte stabil sind, Informationen effizient verarbeitet werden und Wirtschaftssubjekte rational handeln." (Handelsblatt vom 27.2.2014, S. 30f.).

Mario Draghi, der Präsident der EZB sagt dazu:

„Some critics have argued that because of our determined policy action, the shoring up of bank capital and the consolidation of fiscal positions have been delayed. My answer is simple. Our measures gave breathing space **from markets driven by panic**, which were forcing the economy into a position **where inappropriately high interest rates** would make **default** a **self-fulfilling prophecy**. Adjustment would have been impossible. Instead of better capitalised banks and stronger fiscal positions we would have been left **with financial and economic meltdown**.“[[3]](#footnote-3)

In ihrem Buch „Animal Spirits – Wie Wirtschaft wirklich funktioniert“ (dt. Übersetzung, München 2009) schreiben George Akerlof (Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2001) und Robert Shiller (S. 237) dazu: „Zu viele Angehörige der Gemeinde der Makroökonomen und Finanztheoretiker haben sich fast ausschließlich auf die Annahmen rationaler Erwartungen und effizienter Märkte gestützt, mit dem Ergebnis, dass sie die grundlegende Dynamik von Wirtschaftskrisen aus dem Blick verloren haben. Das Unvermögen, die Animal Spirits (die für Keynes die Hauptursache für wirtschaftliche Schwankungen waren, Anmerk. KR),[[4]](#footnote-4) in die Modellbildung einzubeziehen, kann uns für die wahren Ursachen ökonomischer Probleme blind machen.“ Sie attestieren der Makroökonomik in den letzten 30 Jahren eine Entwicklung in die falsche Richtung: Hin zu immer formaleren mathematischen Modellen und weg von tatsächlicher Erklärungsrelevanz für die Wirtschaftspolitik (S. 239 f).

**6. EuGH-Urteil zur EZB**

Mitte Juni 2015 hat der Europäische Gerichtshof das von der EZB angekündigte Anleiheankaufprogramm OMT als rechtmäßig erklärt. Nun ist wieder das Bundesverfassungsgericht am Zuge. Verweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auf mein Papier "[Bundesverfassungsgericht versus EZB/Eurosystem - zur Frage der Effizienz von Finanzmärkten](http://www.ruckriegel.org/papers/Sonderdruck_Bundesverfassungsgericht_vs_EZB_Nr_56.pdf)", Sonderdruck Nr. 56 der Schriftenreihe der TH Nürnberg, März 2014

(https://www.th-nuernberg.de/fileadmin/Hochschulkommunikation/Publikationen/Sonderdrucke/56\_Ruckriegel.pdf).

Mehr zur Geldpolitik des Eurosystem/ der EZB findet sich in unserem Lehrbuch "Europäische Geldpolitik", das Ende 2013 in der 6. Auflage mit einem Geleitwort von Joachim Nagel, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, bei UTB erschienen ist

(http://europa- geldpolitik.de/).

Mit den besten Grüßen aus Nürnberg
Ihr

Prof. Dr. Karlheinz Ruckriegel

Fakultät Betriebswirtschaft

Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm

www.ruckriegel.org

www.focus.de/finanzen/news/gastkolumnen/ruckriegel/

www.menschlichere-wirtschaft.de

http://europa-geldpolitik.de

1. N. Gregory Mankiw/ Mark P. Taylor, Economics, 3. Auflage, Andover (UK) 2014, S. 102 und 274. [↑](#footnote-ref-1)
2. George A. Akerlof, Robert J. Shiller, Animal spirits – How Human Psychology Drives the Economy, and why it Matters for Global Capitalism, Princeton 2009, S. 146. [↑](#footnote-ref-2)
3. Mario Draghi, Building Stability and Sustained Prosperity in Europe, Speech given at the event entitled “The Future of Europe in the Global Economy” hosted by the City of London Corporation, London, 23 May 2013. [↑](#footnote-ref-3)
4. Vgl. George A. Akerlof, Robert J. Shiller, (deutsche Ausgabe) S ix sowie John Maynard Keynes, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 11 Auflage, Berlin 2009, S. 137. Eine ähnliche Argumentation findet sich auch bei Hyman P. Minsky, Stabilizing an Unstable Economy, Kommentierter Nachdruck der Erstauflage von 1986, New York at al. 2008, S. 4. [↑](#footnote-ref-4)